

Alt Grossratspräsident zieht Konsequenzen

Dieter Deiss tritt per sofort aus der FDP-Ortspartei Laufenburg aus. Diese kontert seine Kritik – und portiert einen zweiten Kandidaten.

Thomas Wehrli

Die politische Bombe, welche die FDP und die SVP am Wochenende in Laufenburg platzen liessen, hallt nach: Dieter Deiss hat nach dem Entscheid der beiden Parteien, Stadtkammann Herbert Weiss stürzen zu wollen, am Dienstagabend seinen sofortigen Austritt aus der FDP Ortspartei gegeben. Wie Deiss auf Nachfrage sagt, bleibe er Mitglied der FDP und trete lediglich aus der Ortspartei aus.

Damit verliert die FDP Laufenburg einen ihrer Granden. Deiss ist seit 2014 Ehrenbürger der Stadt. Er sass für die Partei 18 Jahre im Grossen Rat, präsidierte den Rat 1992/93 und amtierte nach seinem kantonalen Engagement acht Jahre als Gemeindevizeamann Sulz. Die Gemeinde fusionierte 2010 mit Laufenburg.

Deiss spricht in seinem Austrittsschreiben, das der AZ vorliegt, Klartext: «Es ist mir nicht mehr möglich, diese Art des Politisierens mitzutragen.» Was hier vor sich gehe, sei reines Machtgehabe und schade letzt-

lich dem Ansehen von Laufenburg. Deiss verhehlt nicht, dass er mit der Art, wie FDP-Mitglieder in Laufenburg politisieren, schon eine Zeit lang nicht mehr einverstanden ist. Er ortet «eine negative Einstellung einiger Exponenten der Partei».

Als Beispiel führt Deiss eine Parteiversammlung im Juni an. Hier sei über die Verwaltung und den Stadtrat – «natürlich nicht über den FDP-Mann im Rat» – gelästert worden und auch einzelne Laufenburger Firmen, oder zumindest deren Angestellte, hätten ihr Fett abbekommen. Zum Auftritt von Parteiexperten an der letzten Gemeindeversammlung bilanziert Dieter Deiss: «Was hier vonseiten der FDP-Ortspartei geboten wurde, war richtiggehend peinlich.»

Auf Nachfrage der AZ sagt Deiss am Mittwoch, er habe auf sein Schreiben, das er allen Parteimitgliedern zugestellt hat, bislang rund ein Dutzend Rückmeldungen erhalten – «fast alle positiv».

Am Mittwochnachmittag reagierte die Ortspartei auf den

Austritt von Deiss und auf seine Vorwürfe mit einer Stellungnahme. Darin beteuert die Partei nochmals, dass sie zusammen mit der SVP einen Wechsel in der Führung des Stadtrates herbeiführen will. Dieser Wechsel

«Es geht um Menschen, und das weckt Emotionen.»



Patrick Bernhart
FDP-Ortsparteipräsident

besteht darin, dass der bisherige Vizeammann Meinrad Schraner (SVP) als Ammann und Stadtrat André Maier (FDP) als Vizeammann kandidieren. Zugleich gibt die Partei die Kandidatur von Ortsparteipräsident Patrick Bernhart als Stadtrat bekannt. Er kandidierte bereits bei der Ersatzwahl 2016.

Dem Souverän eine Auswahl geben

Bernhart zeigt sich gegenüber der AZ nicht überrascht, dass das Vorgehen der Partei nicht von allen goutiert wird. «Es geht um Menschen, und das weckt Emotionen, stärker als ein Sachgeschäft.»

Die Parteispitze betont, dass ein Wahlkampf um das Amt des Stadtkammanns immer auch mit der Frage nach dem Führungsanspruch zu tun habe und dass Wahlen «in unserer Demokratie auch bedeuten, dem Souverän eine Auswahl zu geben».

Den impliziten Vorwurf von Deiss, dass die Wirtschaftspartei gegen die Unternehmen respektive ihre Mitarbeitenden

arbeite, kontert die FDP mit dem Hinweis, dass sie die lokale Wirtschaft seit Jahrzehnten unterstütze. «Es waren auch FDP-Exponenten, die aktiv eine für das Gewerbe vorteilhafte Lösung bei der Verkehrsführung während der Sanierung der K130 suchten und fanden», schreibt der Vorstand.

Einen Vorwurf, den die Parteispitze im Schreiben mehrfach erwähnt, sind Kommunikationsprobleme von Seiten des Stadtrates. Die Partei schreibt es zwar nicht namentlich, sie meint damit aber explizit die Kommunikation des Ammanns.

Diese ist, darin zumindest sind sich Befürworter wie Gegner von Herbert Weiss recht einig, nicht die beste. So sagt die ehemalige FDP-Stadträtin Ursula Jutzi, die über das Vorgehen ihrer Partei «schlicht entsetzt» ist und die Kritik am Stadtkammann Herbert Weiss nicht nachvollziehen kann, dass Weiss nicht der beste Kommunikator sei. Ursula Jutzi lässt derweil am Mittwoch noch offen, ob sie aus dem Vorgehen ihrer Partei Kon-

sequenzen ziehen wird oder nicht.

Nicht gelten lassen will die FDP den Vorwurf von Deiss, dass die FDP-Exponenten mit ihrem Redemarathon an der Gemeindeversammlung «die Geduld der Stimmbürger arg strapaziert» hätten. Zum einen ist für die FDP die Gemeindeversammlung der Ort, um Anliegen und Meinungen vorbringen zu können. Zudem seien nicht die Voten an der Gemeindeversammlung für eine «Verlängerung» ausschlaggebend gewesen, sondern die vom Stadtrat vorgelegte Traktandenliste mit 16 zu behandelnden Traktanden, darunter das Traktandum mit 14 Kreditabrechnungen.

Die FDP-Spitze spielt den Ball zu Deiss zurück und zeigt sich ihrerseits enttäuscht von ihm respektive seiner Reaktion – «umso mehr, als er sich weder an den Gemeinderatswahlen seit 2010 aktiv für die FDP-Kandidaten noch an den letzten Grossratswahlen für die kandidierenden FDP Mitglieder aus Laufenburg eingesetzt hat».

Salinen bauen «Salztankstelle»

Rheinfelden Die Schweizer Salinen rüsten sich für die kalte Jahreszeit. Nicht nur, dass die Salzvorräte wieder aufgefüllt werden. Daneben soll der Standort Riburg in Rheinfelden mit einer sogenannten Salztankstelle versehen werden. Das geht aus einem Baugesuch, das ab Freitag auf der Bauverwaltung in Rheinfelden öffentlich aufliegt, hervor.

«Bei der Salztankstelle handelt es sich um zwei Silos für Auftausalz», sagt Unternehmenssprecher Frank Butz. Die Silos verfügten über 50 respektive 75 Kubikmeter Volumen. An der Tankstelle können «hauptsächlich die umliegenden Gemeinden sowie einige regionale Unternehmen ihre Winterdienstfahrzeuge mit Auftausalz befüllen», erklärt Butz.

Die beiden Silos bestehen bereits, werden nun jedoch an einen zugänglichen Ort versetzt und dort fix installiert. Butz sagt: «Aus praktischen Gründen der Erreichbarkeit sind die Silos auf dem Gebiet der Saline in Riburg ausserhalb des Zauns geplant und werden damit sehr gut zugänglich sein.» So werde die Versorgung mit Auftausalz ideal sichergestellt. Die Bezugsmengen sind auf den professionellen Winterdienst ausgelegt. Bei Interesse könnten Kundinnen und Kunden sowie Gemeinden die Installation aber besuchen und erhalten vor Ort eine Demonstration der Funktionsweise.

Die Kosten für das Projekt belaufen sich Butz auf einen niedrigen sechsstelligen Betrag. Die Inbetriebnahme der «Salztankstelle» erfolgt voraussichtlich bis zum 1. November. «Zu diesem Zeitpunkt starten meist auch die Winterdienste mit ihren Arbeiten», so Butz. (nbo)



Die HPS hat das ehemalige Oberstufenschulhaus in Mumpf bezogen. Bild: Claudio Thoma (13. November 2018)

Alle unter einem Dach

Die Heilpädagogische Schule Fricktal ist nach den Sommerferien am neuen Standort in Mumpf gestartet.

Jetzt sind sie alle gemeinsam unter einem Dach: Die Heilpädagogische Schule (HPS) Fricktal hat diese Woche den Betrieb am neuen Standort in Mumpf aufgenommen. Die Stiftung MBF mit Sitz in Stein übernahm vor rund einem Jahr die Trägerschaft der Schule. In diesem Jahr wurde das ehemalige Oberstufenzentrum Fischingertal in Mumpf erworben und für die neue Aufgabe baulich angepasst (die AZ berichtete).

Auf Ende der Sommerferien erfolgte nun der Umzug nach Mumpf und somit die Zusam-

menlegung der beiden bisherigen Standorte Frick und Rheinfelden. Im Frühjahr 2022 ist ein Tag der offenen Tür geplant.

Fokus auf Orientierung der Schülerinnen und Schüler

«Der Start wurde in möglichst ruhiger Atmosphäre durchgeführt», heisst es in einer Mitteilung der Stiftung. Denn nicht nur die Grösse und der Standort der Schule sowie das Schulhaus sind neu, ebenso sind es die Klassen- und Teamzusammensetzungen sowie etwa das Fahrdienstunternehmen. «Mit sorgfältiger

Vorbereitung und grossem Einsatz aller wurde der Fokus für die ersten Tage auf bestmögliche Orientierung für die Schülerinnen und Schüler gelegt», heisst es weiter.

Zum Start am neuen Standort wurde von den Angestellten ein Projekt lanciert: Zur Verbesserung der Akustik in der Eingangshalle werden spezielle Akustikplatten klassenweise bemalt. Sobald alles fertig ist, werden die Platten montiert und sollen als grosses Bild Besuchende auf den speziellen Moment des gemeinsamen Starts hinweisen. (az)

Beschwerde in Stein bringt das Schulhaus-Projekt ins Stocken

Für die Schulhauserweiterung schloss Gemeinde einen Anbieter von der Ausschreibung aus – dieser wehrt sich.

Einen Kredit von über 10 Millionen Franken bewilligte der Steiner Souverän im Dezember 2020 für den Umbau und die Erweiterung des Schulhauses. Mit dem Projekt will die Gemeinde 15 Schulräume und 12 Gruppenräume realisieren. Dies, weil sie davon ausgeht, dass bis 2024/25 alle Primarschulklassen doppelt geführt und mindestens 12 Schulräume notwendig sein werden. Der Zeitplan sieht einen Bezug nach Fertigstellung der drei Schulhäuser im August 2022 vor.

Doch, ob der Zeitplan eingehalten werden kann, ist ungewiss. Denn so hat ein Anbieter, der im Submissionsverfahren für die Dienstleistungen Architektur und Gesamtleitung von der Gemeinde ausgeschlossen wurde, Beschwerde beim Verwaltungsgericht eingelegt.

Für die Gemeinde, die im Rahmen der öffentlichen Ausschreibung den Auftrag bereits an die Schwob, Sutter Architekten AG in Liestal vergeben hat, ist dies ärgerlich. Gemeindevizeamann Sascha Roth sagt: «Jeden Tag, den wir auf einen Entscheid des Gerichts warten müssen, ist einer, an dem sich die Arbeiten verzögern.»

Bietergemeinschaften sind nicht zulässig

Eigentlich, so Roth, gebe es derzeit eine Menge zu tun. Etwa die Detailplanungen mit dem Architekten und das Ausschreiben der Aufträge. Doch die Gemeinde werde keine weiteren Kosten auslösen, bis der Entscheid des Gerichts feststeht.



Die Primarschule in Stein soll für rund 10 Millionen Franken erweitert und saniert werden. Bild: zvg

Gemäss Roth habe man den entsprechenden Anbieter vom Submissionsverfahren ausgeschlossen, weil die Gemeinde in den Ausschreibungsgrundlagen die Vorgabe machte, dass es sich bei den Anbietern um keine Bietergemeinschaft handeln dürfe. «Bei dem ausgeschlossenen Anbieter, ist das aber jedoch ein klarer Fall», sagt Roth.

Gemeinde wird von Fachbüro begleitet

Sowohl im ganzen Ausschreibungsprozess als auch im erwähnten Rechtsverfahren wurde und wird die Gemeinde durch ein spezialisiertes Fachbüro und eine Anwaltskanzlei begleitet.

Hängig ist die Beschwerde bereits vor dem Verwaltungsgericht seit dem 25. Juni. «Wir können nur warten und hoffen, dass das Gericht möglichst zügig zu unseren Gunsten entscheidet», sagt Roth.

Dennis Kalt